

Thomas Oppermann

Ist Rot-Rot-Grün realistisch?

Jahrelang galten rot-rot-grüne Koalitionen auf Bundesebene immer wieder als rechnerisch möglich, aber politisch ausgeschlossen. Seit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September ist die Debatte darüber neu entflammt: Nach Thüringen entstand in Berlin die zweite rot-rot-grüne Landesregierung Deutschlands. Ein Vorbild für die Bundesebene? Fest steht zumindest, dass sich die Parteienlandschaft zunehmend ausdifferenziert. Es wird künftig immer schwieriger werden, Koalitionen mit zwei Parteien zu bilden.

Hinzu kommt: Die aktuelle schwarz-rote Koalition leistet zwar gute Arbeit und genießt zu Recht hohe Zustimmungswerte. Ein Manko ist jedoch, dass es im Bundestag keine kraftvolle Opposition gibt. Diese Konstellation hat die politischen Ränder gestärkt und der AfD genützt. Schon deshalb ist es sinnvoll, über Alternativen zur Großen Koalition nachzudenken.

Kein anderes mögliches Koalitionsmodell sorgt für so viele Emotionen wie das von seinen Befürwortern fast liebevoll »R2G« genannte Bündnis von Rot-Grün mit der Linkspartei. Die einen tabuisieren diese Koalition, andere verknüpfen damit regelrechte Heilserwartungen. Ich halte beide Sichtweisen für falsch. Denn am Ende werden nicht Emotionen, sondern politische Fakten den Ausschlag geben. Es ist an der Zeit, sich darüber auszutauschen, unter welchen Voraussetzungen Rot-Rot-Grün überhaupt denkbar wäre.

Der Grund dafür, dass ein rot-rot-grünes Bündnis im Bund bisher nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurde, ist vor allem die Obstruktionspolitik der Linkspartei. Anders als in den ostdeutschen Ländern, wo sie seit Jahren pragmatische Regierungspolitik betreibt, tritt die Partei DIE LINKE auf Bundesebene als populistische Protestpartei auf und definiert sich in erster Linie *ex negativo* in Abgrenzung zur SPD. Aber dieses Geschäftsmodell geht seinem Ende entgegen. Die Linkspartei ist nicht mehr die einzige Protestpartei. Die AfD zieht überall Stimmen ab, auch und besonders von der LINKEN. So erzielten die Rechtspopulisten in Berlin in ehemaligen Hochburgen der Linkspartei Direktmandate. Und bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern wechselten 16.000 ehemalige Wähler von ganz links nach rechts. Ein Drittel der AfD-Wähler gibt an, als zweitliebste Partei DIE LINKE zu favorisieren.

Auch führende Vertreter der Linkspartei scheinen zu erkennen, dass die Strategie der Fundamentalopposition immer weniger verfängt. Fraktionschef Dietmar Bartsch rief am 7. September im Plenum des Bundestages: »Meine lieben Sozialdemokraten: Ja, DIE LINKE will diesen Politikwechsel auch in Regierungsverantwortung über-

nehmen. Dass das ein für alle Mal klar ist!« Regierungsverantwortung im Bund? So entschlossen hatte bisher kein Politiker der Linkspartei dieses Ziel zu Protokoll gegeben.

Für die SPD sind Bündnisfragen prinzipiell geklärt. Grundsätzlich sind wir bereit, mit allen demokratischen Parteien über eine Zusammenarbeit zu sprechen. Mit Blick auf die sich abzeichnende Koalition mit CDU und CSU hat der Leipziger Parteitag 2013 der SPD richtigerweise vorhergesehen, dass sich in dieser Konstellation nicht alle politischen Ziele erreichen lassen und festgestellt: »Die politische Entwicklung endet aber nicht mit dem Jahr 2017. Für die Zukunft schließen wir keine Koalition (mit Ausnahme von rechtspopulistischen oder -extremen Parteien) grundsätzlich aus.«

Weil aber jede Koalition ein Wagnis ist, hat der Parteitag drei Voraussetzungen formuliert, die für Regierungsbildungen im Bund erfüllt sein müssen. Dazu gehören eine stabile und verlässliche parlamentarische Mehrheit und ein finanzierbarer Koalitionsvertrag, der mit sozialdemokratischen Wertvorstellungen vereinbar ist. Außerdem muss eine »verantwortungsvolle Europa- und Außenpolitik im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen« gewährleistet sein.

Der dritte Punkt ist im Verhältnis zur Linkspartei besonders wichtig. Was ist mit dieser Formulierung genau gemeint? Zum einen schließen wir Koalitionen mit Parteien aus, die die Europäische Union grundsätzlich infrage stellen. Die SPD will die EU zum Besseren verändern und sie sozialer, bürgernäher und demokratischer machen. Aber alle Reformen müssen im Rahmen der bestehenden Institutionen und in enger Kooperation mit unseren europäischen Partnern erfolgen. Denn: Die EU wurde maßgeblich von Sozialdemokraten erstritten. Darauf sind wir stolz und wir werden nichts tun, was die EU beschädigt. Im EU-Ministerrat stehen laufend Entscheidungen an, die nicht jedes Mal zu einer Regierungskrise führen können. Wenn es etwa um den Stabilitätspakt, die Euro-Rettung oder die Grenzsicherung geht, muss in einer Bundesregierung Klarheit herrschen.

Uneindeutige Position der Linkspartei

Mich macht es skeptisch, wenn in der Partei DIE LINKE die innerparteilichen Positionen bei diesem Thema so stark auseinandergehen – wie erst im September auf einer Konferenz der Bundestagsfraktion: Während Gregor Gysi die EU kritisch würdigt, fordert Sahra Wagenknecht, Kompetenzen zurück auf die Nationalstaaten zu verlagern. Oskar Lafontaine wirbt gar für die Wiedereinführung nationaler Währungen. Das würde die AfD nicht anders formulieren.

Blicken wir auf die Außenpolitik, dann gehört zum anderen ein unzweideutiges Bekenntnis zur NATO dazu. Anders als im Kaiserreich und in der Weimarer Republik versteht sich das moderne Deutschland als integraler Bestandteil des Westens und ist selbstverständliches Mitglied im westlichen Verteidigungsbündnis. Unser Land erfüllt seine NATO-Verpflichtungen und beteiligt sich an den gemeinsam beschlossenen Maßnahmen. Das gilt auch für die verstärkte Präsenz der NATO in Osteuropa infolge der Ukraine-Krise und der russischen Besetzung der Krim, die einen Bruch des Völkerrechts darstellt.

Die Linkspartei vertritt bei diesem Thema eine völlig entgegengesetzte Position. Beispielsweise fordert sie immer noch die Auflösung der NATO. Als die NATO-Partner jüngst militärische Übungen in Osteuropa mit 30.000 Mann abhielten, war das für die Linkspartei eine »Provokation« und ein Beitrag zur »Eskalation«. Das Großmanöver aber, das Russland fast zeitgleich mit mehr als 100.000 Soldaten in seinen westlichen Grenzregionen durchführte, wurde mit keinem kritischen Wort bedacht. Dazu passt, dass die Linksfraktion im Bundestag regelmäßig alle Haushaltsausgaben für NATO-Zwecke ablehnt. Das wäre in einer gemeinsamen Regierung nicht möglich.

Auch eine deutsche Beteiligung an Friedensmissionen der Vereinten Nationen müsste die Linkspartei in einem rot-rot-grünen Bündnis bereit sein mitzutragen. Spätestens die Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass Konflikte in anderen Teilen der Welt direkte Folgen für Deutschland haben. Nach Lage der Dinge werden wir künftig nicht weniger, sondern mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müssen. Dementsprechend unterstützt Deutschland die kurdischen Peschmerga im Nordirak gegen den sogenannten Islamischen Staat mit Waffenlieferungen und einer Ausbildungsmission.

Die Linkspartei sieht das anders: In ihrem Parteiprogramm steht, dass sie die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückholen will. Deshalb hat sie in dieser Legislaturperiode geschlossen gegen jedes einzelne UN-Mandat gestimmt – ob es um die Vernichtung syrischer Chemiewaffen ging, um den Schutz der Zivilbevölkerung im Südsudan oder um die EU-Ausbildungsmission in Mali.

Das Fazit: Die Partei DIE LINKE vertritt im Bund noch immer Positionen, die sich kategorisch gegen die Einbindung in EU und NATO richten. Das kann weder für die SPD noch für DIE GRÜNEN die Grundlage einer gemeinsamen Politik sein. Wenn die Linkspartei wirklich regieren will, muss sie sich auf die Klärung dieser Fragen einlassen. Die Arbeit an einer gemeinsamen Erzählung für den sozialen und ökologischen Fortschritt, die für die Mehrheit der Gesellschaft attraktiv sein könnte, kann diese Klärung nicht ersetzen. Eine Mitte-Links-Koalition in Deutschland erscheint nur dann realistisch, wenn sie auf der Höhe der Zeit ist.



Thomas Oppermann

Landesminister a.D., ist Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

thomas.oppermann@bundestag.de